

S I D

Society for International Development



Chapter Bonn

Nachlese zum 122. Entwicklungspolitischen Fachgespräch am 07.02.2017 zum Thema:

Deutschlands koloniales Erbe – Deutsche Kolonialpolitik und deren Rückwirkungen bis heute

Gesprächspartner war Prof. Michael Bohnet (Ministerialdirektor i.R.)

Vortrag:

Im Folgenden soll ein Überblick über die kurze deutsche Kolonialgeschichte, die wichtigsten Thesen zu den Lebensbedingungen und Strukturen in den deutschen Kolonien sowie einige Rückwirkungen der deutschen Kolonialpolitik in den Ländern Togo, Kamerun, Ostafrika und Namibia geschildert werden.

Die deutsche Kolonialgeschichte ist nur ein sehr kurzer Ausschnitt sowohl aus der gesamten Kolonialgeschichte als auch aus der deutschen Geschichte. Sie dauerte genau 30 Jahre von 1884 bis 1914. In den deutschen Kolonien, die nur 4 % des gesamten kolonisierten Landes weltweit ausmachten, lebten nur etwa 25 000 Deutsche.

Die Kolonialpropaganda begann mit Richard Wagner, der am 15.6.1848 im Demokratischen Vaterlandsverein Dresden sagte: „Nun wollen wir in Schiffen über das Meer fahren und da und dort ein junges Deutschland gründen. Wir wollen es besser machen als die Spanier, denen die Welt ein pfäffisches Schlächterhaus ist und anders als die Engländer, die lediglich einen Krämerkasten geschaffen haben. Wir wollen es deutsch und herrlich machen.“ Die deutsche Kolonialpropaganda entwickelte sich wesentlich entlang von vier Argumenten: 1. Erschließung von Absatzmärkten. 2. Schaffung eines Auffangbeckens für deutsche Auswanderer. 3. Kultur- und Zivilisierungsmission. 4. Beitrag zur Lösung der sozialen Frage im Inland durch den Export des revolutionären Zündstoffes. Bismarck weigerte sich anhand dieser Argumente Kolonialpolitik zu betreiben. Stattdessen etablierte er die sog. „Schutzgebiete“ mit dem Ziel, die Aktivitäten deutscher kaufmännischer Gesellschaften in Übersee zu unterstützen. In den Jahren 1884 bis 1888 wurden die Schutzgebiete Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika gegründet. Nachdem Bismarck 1890 entlassen worden war, begann unter Kaiser Wilhelm II. die „harte“ Phase der schwärmerischen, expansiven Kolonialpolitik mit einem zusätzlichen Argument, welches sich darauf bezog, dass Deutschland als „Nachzügler“ den ihm zustehenden Anteil an den Kolonien für einen „Platz an der Sonne“ einfordern musste. Zu dieser Zeit entstand auch die Idee eines großen Kolonialreiches „Deutsch- Mittelfrika.“ Es wurden nach 1890 jedoch nur noch wenige und kleine Kolonien geschaffen, wie z. B. Burundi, Ruanda, Kiautschou und Inselkolonien im Pazifik.

Durch zwei Großereignisse veränderte sich die Kolonialpolitik. 1904 kam es in Südwestafrika und 1905 in Ostafrika zu Aufständen, die wegen ihrer Brutalität zu einer innenpolitischen Diskussion im Deutschen Reich über einen Nachtragshaushalt von 29 Millionen Reichsmark für die weitere Unterstützung der Kolonien führten. Der Antrag auf diesen Nachtragshaushalt

wurde abgelehnt. Daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst und es kam 1907 zu den sog. „Hottentottenwahlen“. Diese Wahlen bestätigten eine zunehmend kritische Haltung der deutschen Parteien gegenüber der damals aktuellen Kolonialpolitik. In der Folge kam es zur „weichen“ Phase der Kolonialpolitik, während der die Kolonien unter dem Leiter des Kolonialamtes Bernhard Dernburg aufblühten. Es wurde eine sog. „Neger-freundliche“, reformistische Kolonialpolitik betrieben und es galt, eng mit dem Deutschen Reich verbundene, unabhängige und wirtschaftlich gesunde Kolonien zu schaffen und in diesen die Verkehrs- und medizinische Versorgungsinfrastruktur auszubauen.

Mit teilweiser Ausnahme von Ostafrika verlor Deutschland sämtliche Kolonien im Ersten Weltkrieg.

1919 stimmten alle deutschen Parteien, auch die SPD, einer Rückeroberung der Kolonien zu. Mit dem Versailler Vertrag 1920 wurden die ehemaligen deutschen Kolonien jedoch Mandatsgebiete des Völkerbundes. 1924 wurde mit der „Koloniallüge“ seitens der Siegermächte behauptet, dass die Kolonialpolitik Deutschlands von außergewöhnlicher Brutalität und von der Unfähigkeit der Deutschen zeuge, Kolonien zu besitzen. Dies diente für die Siegermächte der Rechtfertigung, sich die deutschen Kolonialgebiete anzueignen.

Mit Unterstützung Konrad Adenauers gab es von 1930 bis 1933 ein Wiederaufleben des deutschen Kolonialgedankens.. Hitler hatte sein Bestreben mehr auf Osteuropa und weniger auf die ehemaligen Kolonien gerichtet. Dennoch war er dafür, die Idee eines großen Kolonialreiches in Mittelfrika wieder aufzugreifen. Nach Kriegsende spielten die Kolonien bis 1962 keine Rolle mehr für Deutschland.

Bezüglich der Lebensbedingungen und Strukturen, die sich in den Kolonien sehr stark unterschieden, soll im Folgenden auf die Rolle der Frauen, Missionierung und Gewalt eingegangen werden. Außereheliche Sexualbeziehungen und Mischehen waren in den Kolonien verboten, um eine sog. „Verkafferung“ zu vermeiden. Daher wurde die Auswanderung deutscher Frauen, die als Kulturträgerinnen in den Kolonien fungieren sollten, massiv vom Staat unterstützt. Im Rahmen der Missionierung wurden viele Schulen und Gesundheitsstationen gegründet. Die Missionare waren oft die einzigen Anwälte der einheimischen Bevölkerung und gingen gegen die Grausamkeiten der Kolonialherrschaft vor. Im Sinne der Erziehung der Einheimischen zur Arbeit nach deutschen Vorstellungen waren Arbeitszwang und Prügelstrafen in vielen Kolonien an der Tagesordnung. Es gab ein berühmtes Buch von Alexander Merensky mit dem Titel: „Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagenarbeit? „. In Ostafrika z. B. waren 10 % der Bevölkerung Sklaven.

Es gilt bezüglich der generellen und der spezifischen Rückwirkungen der Kolonialzeit zu unterscheiden. Eine generelle Rückwirkung besteht darin, dass man ab 1962 eine öffentliche Entwicklungszusammenarbeit beginnen konnte. Bis heute erkennt man in der Entwicklungszusammenarbeit eine Kontinuität der Beziehungen zwischen Deutschland und den ehemaligen Kolonien. Die ODA/Kopf ist in Namibia von allen deutschen Partnerländern am höchsten, in Togo, Kamerun und Ruanda bis heute ebenfalls hoch..

Kamerun, wo nur ca. 1000 Deutsche lebten, herrschte Plantagenwirtschaft. Nachdem zwei Gouverneure sich ausschließlich sehr repressiver Mittel gegenüber der Bevölkerung bedienten und schließlich entlassen wurden, wurde ab 1907 eine reformistische Kolonialpolitik angestrebt, was bedeutete, dass es keine Folterungen mehr gab und die Kolonialherrschaft teilweise bis heute positiv im Bewusstsein vieler Kameruner verankert blieb.. 230 000 Kameruner lernen heute die deutsche Sprache. Der Anteil der Kameruner unter den in Deutschland Studierenden aus Afrika ist am höchsten. Die Beziehungen werden u. a. aufrechterhalten durch eine Vielzahl an Fußballkontakten, politischen Stiftungen und eine Seemannsmission.

Für Togo übernahm einer der fähigsten deutschen Kolonialbeamten das Konzept der *indirect rule*. In der Kolonie lebten nur etwa 250 Deutsche. Gewalt gegenüber den Einheimischen hielt sich hier in Grenzen. Die Kolonialpolitik konzentrierte sich auf die Unterstützung der 240 Missionsschulen. Bis heute lässt sich eine gewisse Germanophilie erkennen, da es immer sehr intensive Beziehungen zwischen Deutschland und Togo gab. Die 1963 gegründete Deutsch-Togolesische Gesellschaft etablierte eine große Initiative mit dem Ziel, Togo als Freistaat zum Mitglied der Bundesrepublik Deutschland zu erklären. 1993 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Togo eingestellt wegen der besonders repressiven Herrschaft vom Diktator Eyadéma. Bis heute lernen etwa 92 000 Menschen in Togo die deutsche Sprache, eine große Anzahl an togoischen Militärs wurde in Deutschland ausgebildet und es gibt eine starke deutsch-togoische Entwicklungszusammenarbeit, nachdem sie von Minister Niebel 2012 wieder aufgenommen wurde.

In Ostafrika kam es mit Karl Peters zur Gründung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft. Es wurde ein absolut autokratisches, willkürliches System geschaffen, das durch Kopf- und Hüttensteuern, intensive Plantagenwirtschaft, Strafexpeditionen, Fronarbeit und Folter geprägt war. Aufgrund dieses repressiven Systems kam es zu einem revolutionären Befreiungsversuch in Form des *Maji-Maji*-Aufstandes. Das Ergebnis waren ca. 300 000 tote Afrikaner und einige Hundert tote Deutsche. Ähnlich wie in Togo galt es nach dem Kurswechsel von 1907, eine reformistische Kolonialpolitik zu betreiben. Nyerere bezog sich in den 1960ern mit der *Ujamaa*-Bewegung ideologisch stark auf den *Maji-Maji*-Aufstand. In Ruvuma steht heute eine Gedenkstätte, wo jährlich Gedenkfeiern abgehalten werden. 2006 bekannte sich der deutsche Botschafter zur Unmenschlichkeit und Brutalität des Kolonialregimes, doch wurde keine offizielle Entschuldigung im klassischen Sinne ausgesprochen. Heute gibt es eine intensive Entwicklungszusammenarbeit und kirchliche Zusammenarbeit.

Die Nachwirkungen in Ruanda regen zur Diskussion an, weil die Deutschen während der Kolonialzeit die Tutsi unterstützt hatten. Daher gibt es noch heute Vorwürfe, dass die Deutschen an der ethnischen Segregation zwischen Hutu und Tutsi, die zum Völkermord führte, teilweise mitschuld seien. Während des Genozids 1994 hat diese Frage eine gewisse Rolle gespielt. Dennoch ist die Erinnerung an Deutschland heute in Ruanda nostalgisch verklärt.

Deutsch-Südwestafrika war eine reine Siedlerkolonie. 70 % des Landes wurde von den Deutschen konfisziert. Es gab Prügelstrafe und Arbeitszwang. 1897 gab es eine großflächige Viehseuche in Südwestafrika, die den Herero einen großen Teil ihrer Viehbestände kostete. Indem sie daraufhin in das deutsche Kolonialgebiet eindrangen, wurden Konflikte hervorgerufen, die erst im Herero- und später im Nama-Aufstand mündeten. Generalleutnant Lothar von Trotha, der eine Schutztruppe von 15 000 Mann befehligte, formulierte den berühmten Schießbefehl, der Anlass zur Diskussion über einen Völkermord an den Herero ist: „Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, erschossen. Ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auch auf sie schießen. Das sind meine Worte an die Herero.“ Die Folge der Konflikte war, dass sowohl die Bevölkerungsanzahl der Herero als auch der Nama um etwa die Hälfte dezimiert wurde. Heute hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber Namibia akzeptiert. Erst 2015 bekannte sich das Auswärtige Amt offiziell dazu, dass die Niederschlagung des Herero-Aufstandes Völkermord war. Derzeit befindet sich Deutschland mit der namibischen Regierung in Verhandlungen, die sich auf eine gemeinsame Resolution und entwicklungspolitische Projekte konzentrieren. Es gibt jedoch Schwierigkeiten auf namibischer Seite, weil sich die Nama und Herero nicht durch die Ovambo-Regierung repräsentiert fühlen.

Diskussion:

Frage: Wie hat es funktioniert, dass das Deutsche Reich Kolonien einforderte, nachdem die anderen Großmächte schon seit Jahrhunderten Kolonialpolitik betrieben hatten?

Reaktion: Auf der Kongo-Konferenz 1884/5, an der die Vertreter mehrerer europäischer Staaten teilnahmen, wurde über eine Freihandelszone in Mittelafrrika diskutiert. Außerdem wurde angedeutet, wie die Einflusszonen verteilt werden könnten. Indem in der Folge deutsche Afrikaforscher und Unternehmer mit verschiedenen einheimischen Repräsentanten Schutzverträge abschlossen, wurden die Deutschen in Afrika aktiv im Sinne des Kolonialismus.

Frage: Wie hat sich die deutsche Kolonialzeit auf das Leben der lokalen Bevölkerung in den Kolonien ausgewirkt? War der deutsche Kolonialismus eine Zuschusswirtschaft?

Reaktion: Die Auswirkungen in den Ländern waren extrem unterschiedlich. In Tansania und Namibia waren sie durch Hass und Widerstand geprägt, doch in Samoa und Togo wurden sie von einer eher positiven Grundeinstellung begleitet. Die Reichsregierung musste immer Zuschüsse, insbesondere für Militäroperationen, Infrastruktur und Verwaltung, leisten. Die Handelsgesellschaften haben vom Kolonialismus praktisch durchgängig profitiert. Die positiven ökonomischen Effekte waren für Deutschland insgesamt jedoch bescheiden. Was man sich im Sinne einer großen ökonomischen Erschließung der Kolonialgebiete erhoffte, trat nicht ein.

Kommentar: Ich denke nicht, dass die deutsche Kolonialpolitik grausamer war, als die anderer Kolonialmächte, die auch Völkermorde begangen haben. Besonders wichtig war denke ich die Rolle der Mission. In Togo hatte die Mission bereits 1840 begonnen und damit 40 Jahre vor der deutschen Kolonialherrschaft. Ähnlich war es in Ruanda mit der Bethel Mission. Die Länder profitieren von der Mission heute in vielfältiger Weise. Ein wichtiger Effekt der deutschen Kolonisierung war, dass jene Länder als Mandatsgebiete des Völkerbundes eine eher unmilitärische Vergangenheit haben. Togo ist zwar eine Diktatur, doch keine Militärdiktatur. Tansania war zwar nicht besonders demokratisch, doch auch dieses Land war nie eine Militärdiktatur. In den Gesellschaften konnte sich so eine militärische Tradition nicht durchsetzen. Weiterhin möchte ich anmerken, dass die Deutschen absolut nichts mit dem Völkermord in Ruanda zu tun hatten. Dieser wurde wesentlich durch die Belgier gefördert.

Reaktion: Ich habe bewusst keinen Vergleich zu nicht-deutschen Kolonialpolitiken gesucht, weil ich diese nicht intensiv studiert habe. Ich stimme darin zu, dass die Missionsgesellschaften bereits vor der Kolonisierung eine wesentliche Rolle spielten. Außerdem stimmt es, dass eine Militarisierung in den Staaten nicht möglich war und wir es mit relativ friedlichen Gebieten zu tun haben. Bezüglich der Unterstützung der Deutschen an der Segregation von Hutus und Tutsis in Ruanda möchte ich nur sagen, dass dies eine These eines Autors und kein allgemein anerkanntes Faktum ist.

Frage: Wie wird der Beschluss über die Anerkennung des Völkermordes an den Herero von den 20 000 Deutschsprachigen in Namibia aufgefasst?

Reaktion: Die Deutschen in Namibia sagen, es war kein Völkermord. Sie sind generell gegen die Anerkennung des Völkermordes als juristischen Tatbestand.

Kommentar: Von togoischer Seite ist es nie dazu gekommen, dass Reparationsforderungen gestellt wurden. Dies lag daran, dass sich die Gewalt der Kolonialregierung sich gegenüber der Bevölkerung in Grenzen hielt. Im Jahr 1984 war es zum Jubiläum der Kongo-Konferenz ein Plan der Regierung, ein Denkmal zu Ehren der deutsch-togoischen Beziehungen zu errichten. Dies konnte jedoch verhindert werden. In Togo wird die deutsche Vergangenheit als ‚hart aber gerecht‘ verklärt.

Angespannter ist die Situation in Namibia, was besonders daran liegt, dass bis heute Deutschsprachige in Namibia leben. Das Verhältnis zu Namibia wurde dadurch beeinträchtigt, dass es eine fortwährende Präsenz der Kolonialmacht gab. Ich möchte dem Argument widersprechen, dass 100 % der deutschsprachigen Namibier und Deutschen in Namibia gegen den Beschluss des Völkermordes sind. Es gibt viele verschiedene Meinungen. Es war stets die Befürchtung der deutschen Regierung, dass die Herero mithilfe amerikanischer Anwälte Beträge in Millionen- oder gar Milliardenhöhe von Deutschland fordern, falls man sich offiziell entschuldigt und Entschädigung zusagt. Deshalb war die deutsche Regierung zunächst vorsichtig und argumentierte, dass es zur Zeit des Herero-Aufstandes noch keinen Völkermord als Tatbestand gegeben habe. Heute sagt man, dass es sich um einen Völkermord gehandelt hat. Das Problem ist, dass es sich hierbei eigentlich um einen namibischen Konflikt handelt. Die Herero und Nama fühlen sich durch die namibische Regierung nicht repräsentiert und die namibische Regierung lässt eine individuelle Entschädigung nicht zu. Auch die Regierung selbst ist in diesem Punkt gespalten. Wie man aus diesem Dilemma herauskommen will, kann ich nicht sagen.

Reaktion: Man muss völlig zu Recht unterscheiden zwischen den Deutschen, die in Namibia leben und den deutschsprachigen Namibiern. Es ist ein sehr differenziertes Bild und daher bin ich dankbar, dass darauf hingewiesen wurde. Ich denke aber, dass die Hoffnung zuletzt stirbt. Die Verhandlungen Deutschlands mit der namibischen Regierung werden weitergeführt. Aufgrund der Konflikte zwischen Herero und der namibischen Regierung ist es momentan nicht abzusehen, ob es mal zu einer Einigung kommt. Jedoch hoffen viele deutsche Parteien und auch der Bundespräsident auf einen baldigen Beschluss..



Johannes Dittmann
Transkripterstellung

Günther Oldenbruch
Vorsitzender SID-Bonn